



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Benedikt Holz

Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541) 323-4300

Telefax (0541) 27217

holz@osnabrueck.de

www.cdu-osnabrueck.de

**Pressemitteilung
Nummer 19/2009**

28. August 2009

CDU: Informationsprozess bei erneuter Befragung muss objektiv und neutral erfolgen

„Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Osnabrück fordert, bei der erneuten - nunmehr dritten - Befragung der Eltern zur Errichtung einer integrierten Gesamtschule in Osnabrück sicherzustellen, dass das Ergebnis am Ende des Befragungsprozesses mit Blick auf die Freiheit des Elternwillens über jeden Zweifel erhaben ist,“ so die vier CDU-Schulpolitiker im Rat der Stadt Osnabrück Irene Thiel, Brigitte Neumann, Claudia Schiller und Till Olaf Voß.

Oberbürgermeister Pistorius hat angekündigt, nach der Ablehnungsentscheidung des Landes zur Einrichtung einer integrierten Gesamtschule in Eversburg eine dritte Elternbefragung durchzuführen. Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt sieht diese Pläne vor dem Hintergrund kritisch, dass man die Eltern nicht so lange befragen kann, bis ein gewünschtes Ergebnis erreicht worden ist.

In jedem Fall ist durch die Stadtverwaltung zu gewährleisten, dass die Willensbildung der Eltern objektiv und absolut unbeeinflusst erfolgt. Die vom Oberbürgermeister in der NOZ vom 19. August angekündigten "Informationsveranstaltungen" und die geplante "intensive Öffentlichkeitsarbeit" bergen die Gefahr, dass die Befragung nicht den unbeeinflussten und in diesem Sinne freien Willen der Elternschaft widerspiegelt. Darauf kommt es nach dem Schulrecht aber gerade an. Eine Einmischung in das Abstimmungsverhalten der Eltern würde daher dem Zweck der Umfrage widersprechen und die Aussagekraft des Ergebnisses gegenüber dem Land

entwerten. Die dritte Umfrage muss ein in jeder Hinsicht belastbares Ergebnis liefern können. Entscheidend ist folglich, dass die Verwaltung einschließlich der Person des Oberbürgermeisters ihrer Neutralitätspflicht nachkommt.

Folgende Punkte sind Thiel, Neumann, Schiller und Voß in diesem Zusammenhang besonders wichtig:

Erstens ist sicherzustellen, dass die verschiedenen Möglichkeiten für die Zukunft des Schulzentrums Eversburg in der gebotenen Ausführlichkeit und Sachlichkeit dargelegt werden. Um die Aussagekraft des Elternwillens zu erhöhen, sollte der Fragebogen, wenn rechtlich möglich, vorsehen, dass Eltern eine Auswahl zwischen den verschiedenen Schulformen (Dreigliedrigkeit, Integrierter- oder Kooperativer Gesamtschule) treffen können. Anderenfalls ist im Rahmen der Informationsveranstaltungen und sonstigen Informationsmaterialien auf die verschiedenen Möglichkeiten hinzuweisen.

Zweitens ist im Rahmen des Informationsprozesses sicherzustellen, dass die Verwaltung sachlich, neutral, unvoreingenommen auf die Unterschiede der Schulform IGS zu den anderen Schulformen (Kooperative Gesamtschule, Dreigliedrigkeit) hinweist. Damit das Ergebnis aussagekräftig ist, muss dringend vermieden werden, dass der Informationsprozess durch Verwaltung einschließlich Oberbürgermeister Züge einer Werbung für die eine oder andere Willensäußerung der Eltern annimmt.

Drittens ist für viele Eltern die Dauer des geplanten Schulbesuches ihrer Kinder eine wesentliche Frage. Um Missverständnissen vorzubeugen, ist in den Fragebogen der Stadtverwaltung der Hinweis aufzunehmen, dass in Zukunft auch an integrierten Gesamtschulen das Abitur nach zwölf Jahren gilt.